

Einwohnerrat

Legislaturperiode 2010 bis 2013

Protokoll

der 3. Sitzung, Dienstag, 27. August 2019, 19.00 Uhr, Schulhaus Rütihof

Behandelte Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahmen	5
2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (32/19)	6
3. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (33/19)	6
4. Postulat Gian von Planta vom 26. Februar 2019 betreffend Schliessung der Radweglücke an der Oberrohrdorferstrasse (10/19)	7
5. Postulat Corinne Schmidlin und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Nachtabschaltung der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Schaufenster und Reklamebeleuchtungen; Einführung der SIA Norm 491 (12/19)	9
6. Postulat Martin Groves und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend "Vergütung Photovoltaik (PV) Strom" (13/19)	11
7. Postulat Benjamin Steiner und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Mindestanteil 20% Biogas für Heizgaskunden (14/19)	12
8. Postulat Gian von Planta und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend 100% erneuerbarer Strom (15/19)	14
9. Anfrage Heinz Herrmann vom 24. April 2017 betreffend Mellingerstrasse/Kreisel Burghalde (31/17)	18

Vorsitz: Karin Bächli

Protokoll: Sandmeier Marco, Stadtschreiber II

Stimmzählende: Margreth Stammbach
Thomi Bräm

Anwesend: 47 Mitglieder des Einwohnerrats
7 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Benedetta Amato, Leiterin Personal
Jacqueline Keller Borner, Leiterin Kommunikation
Alexander Carisch, Leiter Stadtentwicklung
Astrid Hellbach, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
Silvana Marbach, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
Eleonora Marciello, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
Patrick Nöthiger, Leiter Gesellschaft und Kultur
Michelle Savarin, Lernende Stadtkanzlei
Daniel Stoeri, Digital Manager
Christian Villiger, Verwaltungsleiter
Christian Vogler, Energiekoordinator
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Alex Berger
Fritz Bosshardt

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Die Einwohnerratssitzung findet heute in Rütihof statt, damit sich die Mitglieder des Einwohnerrats der verschiedenen Ortsteile von Baden bewusst sind und die Menschen sich in den Quartieren mit Baden und ihrer Politik verbunden fühlen. Die politischen Debatten dürfen nicht nur im Zentrum der Stadt geführt werden. Ich hoffe, dass es für alle eine positive Erfahrung sein wird, und die Einwohnerratssitzungen in Zukunft einmal im Jahr in einem anderen Ortsteil stattfinden können. Der Stadtrat würde es auch begrüßen.

Eine Einwohnerratssitzung an einem anderen Standort durchzuführen, ist aber aufwendiger. Ich bedanke mich bei den Hauswarten Basil Egloff und Roger Rohner. Bei Roger Rohner bedanke ich mich insbesondere für die Führung. Ich finde die Schulanlagen schön und hätte als Kind Lust, hier in Schule zu gehen. Ich bin überzeugt, dass die Schulkinder es auch toll finden. Roger Rohner sieht natürlich vor allem, was ihm fehlt. Er hat wichtige Hinweise und nützliche Anregungen für die Stadträtinnen und die Stadträte und für die Verwaltung im Hinblick auf die nächste Schulhausplanung geliefert. Ich werde Basil Egloff und Roger Rohner später ein kleines Geschenk überreichen. Ich bedanke mich auch bei den Behördendiensten. Sie haben es ermöglicht, die Sitzung in Rütihof stattfinden zu lassen. Ich werde ihnen einen Kuchen backen. Da Marco Sandmeier am Mittwoch nicht arbeitet, überreiche ich ihm heute schon eine kleine symbolische Süßigkeit. Ich bedanke mich beim Stadtrat, der die Idee einer Einwohnerratssitzung in Rütihof unterstützt hat. Herzlichen Dank auch an die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte für die Flexibilität, aus dem Gewohnten auszubrechen und in Rütihof die Sitzung abzuhalten.

Für den Fall, dass es nicht genügend Strom für die Geräte haben sollte, gibt es drei Ladestationen. WLAN steht auch zur Verfügung. Auf den Tischen stehen auch Getränke bereit, und für die Gäste ist Mineralwasser ganz hinten auf einem Tisch.

Ich mache Sie auf die schönen Bilder an den Wänden dieser Turnhalle aufmerksam. Die Bilder sind von Peter Küng aus Rheinfelden. Als die Turnhalle 1990 gebaut wurde, war es Kunst am Bau. Peter Küng stellte 2009 auch im Trudelhaus Fotos aus.

Alex Berger und Fritz Bosshardt haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Für die Mitteilungen gebe ich Markus Schneider das Wort.

Markus Schneider, Stadtammann

Wir freuen uns sehr, dass es geklappt hat, die heutige Einwohnerratssitzung hier abzuhalten. Es ist unser Ziel, in Zukunft jedes Jahr eine Sitzung in einem anderen Quartier stattfinden zu lassen. Die Reihenfolge ist noch nicht festgelegt. Wir hoffen, dass sich auch der neue Präsident dieser Idee anschliessen wird.

Ich hoffe, dass wir später bei einem Bier möglichst viele Gäste begrüßen dürfen.

Ich möchte noch auf drei Punkte hinweisen.

Es ist geplant, am Ende der Sitzung eine Präsentation zum Stand des Digital Management durchzuführen. Die Sitzung sollte hierzu allerdings nicht länger als bis 20.30 Uhr dauern. Falls das nicht der Fall sein sollte, würden wir die Präsentation auf die Oktober-Sitzung verschieben. Ich bitte Sie, die Voten so kurz wie möglich zu halten.

Auf dem hinteren Tisch liegen zwei Broschüren auf. Die eine ist die Kehl-Zeitung. Das Alterszentrum Kehl feiert im September das 55-jährige Jubiläum. Die zweite Broschüre der Regionalwerke AG Baden passt gut zu den heutigen Traktanden. Es hat eine Info-Veranstaltung für Kunden in Baden-Nord stattgefunden, in der es um Wärme und Kälte ging, ein sehr informatives und innovatives Projekt.

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Gian von Planta möchte eine Fraktionserklärung abgeben.

Gian von Planta

Die Grünliberalen finden die Idee, Einwohnerratssitzungen ausserhalb des Stadtzentrums durchzuführen, sehr gut. Wir danken Karin Bächli für die Umsetzung ihrer Idee. Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Unterstützung und bei der Verwaltung für den Zusatzaufwand. Wir sind überzeugt, dass wir mit den Sitzungen ausserhalb des Stadtzentrums der Badener Bevölkerung die Politik und die Demokratie näherbringen können. Der Austausch zwischen Stadtrat und Einwohnerrat und der Bevölkerung kann auf diese Weise intensiviert werden. Wir hoffen, dass solche Sitzungen vielleicht den einen oder anderen motivieren, sich vermehrt politisch zu engagieren. Wir brauchen engagierte Leute, um unsere Demokratie leben zu können.

Es freut mich natürlich persönlich, dass die erste Sitzung ausserhalb des Stadtzentrums bei uns in Rütihof stattfindet. Auf dem Weg hierher haben Sie sicherlich bemerkt, dass Rütihof ein schönes, idyllisches Dorf ist. Es gibt eine alte Kapelle, einen Rebberg, einen alten Dorfkern mit Dorfplatz, einen Dorfladen und seit zwei Jahren wieder eine Bäckerei. Wir haben eine Dorfbeiz und einen Biergarten, in welchem wir später ein Bier geniessen dürfen. Es gibt in Rütihof viele Vereine und fast noch mehr Feste (z.B. das Brau- und Rebfest). Fast jede Strasse feiert ihr Fest (z.B. das Haberacher-Fest). Kultur gibt es auch in Rütihof. Es gibt ein kleines Kino und ein kleines feines Theater. In Rütihof wohnen viele Familien mit Kindern. Umso zufriedener sind wir über dieses schöne Schulhaus.

Rütihof hat alles, was ein anständiges Dorf braucht. Es hat eine gute Grösse: ca. 2'500 Einwohnerinnen und Einwohner. Wir sind nicht nur stolz, Rütihöfler zu sein. Wir sind auch stolz, Badener zu sein. Es hat handfeste Vorteile. Der Service Public der Stadt Baden ist gut, angefangen bei den Tagesstrukturen im Schulbereich, über die Strassenreinigung, die Ent- und Versorgung, die Schalteröffnungszeiten der Verwaltung oder die Online-Möglichkeiten zur Nutzung der Dienste der Stadtverwaltung. Die Verkehrsverbindungen nach Baden sind auch gut. Und, was niemand weiss: Würden wir nicht zu Baden gehören, hätten wir kein schnelles Glasfasernetz in Rütihof. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass z.B. Gemeinden wie Turgi oder Ennetbaden keine Angst vor Fusionen haben sollten. Zusammen kann man mehr erreichen und trotzdem die Eigenständigkeit behalten.

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Vielen Dank an Gian von Planta für den Werbespot für Rütihof!

Neueingänge/Erledigungen

- Postulat Nadia Omar vom 14. Juni 2019 betreffend Gewässerschutz dank 4. Reinigungsstufe in der ARA Laufäcker
- Anfrage Sarah Wiederkehr vom 14. Juni 2019 betreffend weitere Schritte Prüfung Gemeindefusion mit Turgi
- Postulat Tobi Auer vom 3. Juli 2019 betreffend Sicherung und Ausbau der Badener Eisenbahnerschliessung
- Motion Steven Van Petegem vom 1. August 2019 betreffend Anpassung Energiekonzept 2017 - 2026 an die Anforderungen des Pariser Klimaabkommens
- Motion Alex Berger und Mitunterzeichnende vom 20. August 2019 betreffend "20 Tage Vaterschaftsurlaub"

Seit der letzten Sitzung sind folgende Anfragen erledigt worden:

- Anfrage Peter Conrad vom 11. März 2019 betreffend langfristige Strategie der familienergänzenden Betreuung von Kindergarten- und Primarschulkindern in Baden
- Anfrage Mark Füllemann vom 8. April 2019 betreffend Sauberkeit und Sicherheit im Kurpark
- Anfrage Mark Füllemann vom 9. Mai 2019 betreffend Personalreglement und Lohnkonzept
- Anfrage Heinz Herrmann vom 24. April 2017 betreffend Mellingerstrasse/Kreisel Burghalde

Protokoll

Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung wurde publiziert. Zum Protokoll sind keine Einwände oder Korrekturanträge eingegangen. Somit ist das Protokoll gültig. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten.

1. Inpflichtnahmen (31/19)

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Als Ersatz für Martin Groves wird Hansruedi Stauffacher im Einwohnerrat sein. Ich bitte ihn für die Inpflichtnahme nach vorne zu treten, und ich bitte alle Anwesenden aufzustehen.

Sandmeier Marco, Stadtschreiber II

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Hansruedi Stauffacher

Ich gelobe es.

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Mit dem Gelöbnis ist Hansruedi Stauffacher in Pflicht genommen. Ich wünsche ihm viel Freude und Ausdauer in diesem Amt.

Die Inpflichtnahme von Fabian Hummel, als Ersatz von Peter Berger, wird an der nächsten Einwohnerratssitzung erfolgen.

2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (32/19)

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Als Ersatz für Daniel Glanzmann schlägt die SVP Michael Rinderknecht vor.

Es werden keine anderen Wahlvorschläge gemacht.

Sander Mallien

Ich beantrage offene Wahl.

Beschluss

Für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird als neues Mitglied der Finanzkommission Mike Rinderknecht gewählt.

(grossmehrheitlich)

3. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (33/19)

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Alexander Schmid ist aus dem Wahlbüro zurückgetreten. Das team baden schlägt Ali Sarrafan als Ersatz vor.

Nadia Omar

Wir sind froh, dass wir Ali Sarrafan für dieses Amt gewinnen konnten und hoffen, dass er gewählt wird. Ich habe Ali Sarrafan vor drei Jahren als KITA-Vater kennengelernt. Eines unserer ersten Themen war Politik. Obwohl er erst seit etwa vier Jahren in Baden wohnt, ist er in Baden verwurzelt. Seine Frau ist eine "Urbadenerin". Wir sind überzeugt, dass er die richtige Wahl ist und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Sander Mallien

Ich beantrage offene Wahl.

Beschluss

Für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird als neues Mitglied des Wahlbüros Ali Sarrafan gewählt.

(grossmehrheitlich)

4. Postulat Gian von Planta vom 26. Februar 2019 betreffend Schliessung der Radweglücke an der Oberrohrdorferstrasse (10/19)

Gian von Planta

Gute Veloverbindungen sind für uns alle wichtig. Nur wenn wir gute Velowege haben, werden die Leute vermehrt Velo fahren. Im Veloweg-Netz gibt es jedoch noch einige Lücken. Eine davon ist in Dättwil, beim Abbiegen aus der Mellingerstrasse, Richtung Oberrohrdorf. Es freut mich, dass der Stadtrat das Postulat entgegengenommen hat. Es beschreibt das langfristige Vorgehen. Es ist ein Kreisel geplant. Aus der Planung geht jedoch nicht hervor, was mit den Velofahrenden passieren wird. Ich hoffe, dass dieser Punkt vor dem Bau geklärt wird. Der Planungshorizont beim Kanton ist 2022, d.h. es wird sicherlich noch länger dauern als fünf Jahre. Das bedeutet, dass wir in der Zwischenzeit eine Lösung haben müssen. Ich habe bei der kurzfristigen vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösung Bedenken. Ich glaube nicht, dass das ein Vorschlag von einem Velofahrenden war. Der Stadtrat schlägt vor, von der Kreuzung ca. 400 m Richtung Fislisbach zu fahren, danach die Strasse zu überqueren, um dann wieder Richtung Baden zu fahren und anschliessend eine Spitzkehre und schliesslich wieder auf die Strasse Richtung Oberrohrdorf zu fahren. Für Velofahrende ist es nicht attraktiv, wenn sie einen Umweg fahren und dreimal anhalten müssen. Ich möchte nicht, dass diese Lösung umgesetzt wird. Ich beantrage deshalb, das Postulat zu überweisen, nach Kenntnisnahme vom Bericht jedoch nicht abzuschreiben. Ich glaube nicht, dass Velofahrende diesen Weg fahren würden. Jeder Franken, den man in diese Lösung investieren würde, wäre verloren. Ich würde dem Stadtrat empfehlen, das Ganze nochmals zu überprüfen. Es würde bereits helfen, wenn man den Velofahrenden beim Abbiegen mit etwas Farbe oder einem Hindernis signalisieren würde, wo er abbiegen kann, was bei der heutigen Situation nicht der Fall ist. Der Stadtrat behauptet, es gäbe nicht genügend Platz für einen Veloweg, weil sich die Strasse von 9 m auf 6 m verenge. Was der Stadtrat verschweigt ist, dass sich die fehlenden 3 m auf Badener Boden befinden. Baden könnte sich also durchaus für den Bau eines Velowegs einsetzen – vielleicht schon vor dem Kreiselbau.

Selena Rhinisperger

Ich bedanke mich für das Postulat. Wenn immer mehr Leute in die Kerbe der Anliegen der Velofahrenden schlagen, werden wir vielleicht bald den Durchbruch schaffen. Der Handlungsspielraum scheint vom Stadtrat aus sehr eingeschränkt zu sein. Damit der Stadtrat dem Kanton gegenüber eine starke Haltung in Bezug auf die Attraktivität von Velowegen einnehmen kann, möchte ich mich zum Thema äussern.

Wir regen an, den Kanton zu ersuchen, möglichst früh in die Planung des Kreisels oder der Gestaltung dieses Strassenabschnitts einbezogen zu werden. Man sollte auch die Strategiekommision frühzeitig einbeziehen, vor allem auch in die Planung der Velowege.

Wir sind mit der dargestellten alternativen Veloverbindung nicht zufrieden. Sie ist alles andere als attraktiv. Da fährt man doch lieber über die Täferstrasse, auch wenn man zwei Mal den Gegenverkehr kreuzen muss. Wir sehen nicht, wie der Kreisel die Situation verbessern sollte, ausser wenn die Strasse erweitert und genügend Platz für einen Velostreifen bieten würde. Beim Kreisel ist angedacht, dass die linke Spur – dort, wo der Veloweg noch mehr links zu stehen käme – am Kreisel vorbei, weiter auf der Badener Strasse, Richtung Fislisbach Zentrum, geführt würde. Das Problem des Überquerens der Velowege bestünde weiterhin.

Wir hoffen, dass der Stadtrat sich entschieden gegen den geplanten Kreisel stellt, damit ein Veloweg realisiert werden kann.

Olivier Funk

Das team baden hat sich ebenfalls mit dieser Thematik auseinandergesetzt und stösst ins gleiche Horn wie die Vorrednerinnen und Vorredner. In Ergänzung zu den bereits erwähnten Punkten hat sich das team baden an der aus der Antwort ersichtlichen Haltung gestossen. Man könne nichts ausrichten, der Kanton und die Gemeinde Fislisbach seien verantwortlich. Man hätte vielleicht lieber Energie in eine einfache Lösung investiert, ähnlich wie sie Gian von Planta skizziert hat – z.B. eine einfache Beschriftung auf Badener Boden. Man sollte nach einer Lösung suchen, welche den Velofahrenden etwas nützt.

Wir schliessen uns den vorherigen Aussagen an und hoffen, dass wir in Baden weiterhin für den Veloverkehr eintreten werden.

Daniel Schneider

Die FDP ist mit dem Bericht des Stadtrats zufrieden. Wir sehen in einem solchen Vorstoss eine unnötige Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung. Es wäre ein Einfaches gewesen, sich bei den Abteilungen Entwicklungsplanung oder Planung und Bau zu informieren. Der Stand des Projekts ist aus dem Protokoll des Treffens des Koordinationsgremiums Verkehr des Kantons Aargau und der Stadt Baden vom 9. März 2017 ersichtlich. Hätte man sich vorab informiert, hätte man Zeit, Geld und Ressourcen gespart.

Adrian Gräub

Die SVP hat sich auch mit dem Postulat befasst. Besonders für ungeübte Velofahrende ist die erwähnte Passage heikel. Das Postulat ist leider überflüssig. Das Projekt liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Es ist eine Kantonsstrasse, die sich zum Teil auf Fislisbacher Boden befindet. Deshalb ist es in der Verantwortung des Kantons.

Die SVP wird den Anträgen des Stadtrats folgen.

Markus Schneider, Stadtmann

Wie Sie wissen, ist der Stadtrat an den Projekten des Kantons beteiligt. Mehrere Abteilungen sind in den Gestaltungsplan Esp-Langacker involviert. Wir informieren über die Gespräche mit dem Kanton. Der Kreisel wird die Verkehrssituation für den öffentlichen Verkehr und für den Radverkehr an jener Stelle verbessern. Die Frage ist, was man in der Zwischenzeit unternehmen will. Investiert man viel Geld in etwas, was hinterher zurückgebaut wird? Der Stadtrat

findet, dass sich das nicht lohnt. Die heutige Verkehrssituation besteht seit vielen Jahren. Der vorliegende Vorschlag wäre eine Alternative. Alle Unterführungen sind mit dem Velo befahrbar. Man könnte also mit dem Velo die engste Stelle umfahren.

Aus den oben genannten Gründen, bittet Sie der Stadtrat, das Postulat zu überweisen und nach Kenntnisnahme vom Bericht abzuschreiben.

Beschluss

Das Postulat Gian von Planta vom 26. Februar 2019 betreffend Schliessung der Radweglücke an der Oberrohrdorferstrasse wird überwiesen.

(einstimmig)

Beschluss

Das Postulat wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht als erledigt abgeschrieben.

(27 Ja- zu 19 Nein-Stimmen)

5. Postulat Corinne Schmidlin und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Nachtabschaltung der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Schaufenster- und Reklamebeleuchtungen; Einführung der SIA Norm 491 (12/19)

Corinne Schmidlin De Min

Die Stadt Baden hat doch lichtmässig schon alles erledigt. Vielleicht ging Ihnen genau das beim Lesen unseres Postulats durch den Kopf. Ja, es stimmt. Die Stadt Baden hat an vielen Strassenzügen die Leuchtmittel ausgewechselt und die "teilweise Nachtabschaltung" unter der Woche eingeführt. Sie hat auch vorbildlich die alten Kugellampen an der Limmatpromenade ausgewechselt. Dies sind nur ein paar Beispiele. Selbstverständlich sind das alles lobenswerte Massnahmen, die schliesslich in ihrer Summe dazu geführt haben, dass der Stromverbrauch der öffentlichen Beleuchtung deutlich gesunken ist. So steht es jedenfalls im Zwischenbericht zum Energiekonzept. Im Zwischenbericht lesen wir aber auch, dass der Primärenergieverbrauch der Stadt Baden insgesamt zunimmt.

Die Rechnung ist einfach: Jede Kilowatt-Stunde Strom, die nicht genutzt wird, hilft die Stadt Baden, energiemässig auf den richtigen Pfad zu kommen. Der Umbau der Energieversorgung ist eine riesige Herausforderung. Wir kommen nicht darum herum, diese anzunehmen. Es braucht alle, um einen Schritt weiterzukommen: Die Stadt, die Unternehmen, die Zivilbevölkerung. Gefragt sind Stromsparen, Stromeffizienz und die Produktion von erneuerbarem Strom.

Die andere Seite betrifft die Natur. Sie kennen vermutlich die Diskussion um das Insektensterben, um die Orientierungsprobleme der Vogelwelt, um Pflanzen, die ihren Rhythmus verlieren bei zu viel künstlichem Licht. Das sind keine Hirngespinnste, sondern leider bewiesene Realitäten. Insekten sind sich an Mondlicht gewöhnt. Sie können sich vorstellen, dass künstliches Licht bei diesen fliegenden und krabbelnden Tieren zu einigen Irritationen führen kann. Das Potenzial für solche tierischen Irritationen ist mehr als vorhanden, wie der Blick vom Schloss Stein auf das nächtliche Baden zeigt.

Es ist verrückt! Das Lichterwetrüsten der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass wir vermutlich blind geworden sind für die Dunkelheit. Anders ist es nur schwer erklärbar, dass Licht im Aussenraum per se kaum legitimiert werden muss. Die Eroberung der Nacht ist sozusagen Pflicht, vielleicht sogar ein Menschenrecht?

Wir fordern den Stadtrat auf, die Lichtverwendung und -verschwendung in der Stadt zu überprüfen. Wir sehen Potenzial bei einer früheren Abschaltung der Beleuchtung der öffentlichen Gebäude, aber auch bei den Reklamebeleuchtungen. Sie gehen hoffentlich mit mir einig, dass die Abschaltung der Reklame von GE um 22.00 Uhr, statt um 24.00 Uhr, keinen negativen Einfluss auf den Geschäftsgang dieser Firma haben würde. Es könnte im Gegenteil, über den Stromspareffekt, einen positiven Einfluss haben.

Wir wünschen uns auch den Einbezug der Schaufenster ins Reklamereglement. Das ist zurzeit nicht geregelt. Hier geht es selbstverständlich auch darum, die Abschaltzeit so zu wählen, dass die potenziellen Kunden vor dem Kinobesuch im Winter mindestens noch ihr nächstes Pyjama im Schaufenster aussuchen können.

Wir empfehlen der Stadt, sich nach der SIA-Norm 491 zu richten. Diese Norm stellt die richtigen Fragen:

- Ist das Licht nötig?
- Sind alle Leuchten konsequent abgeschirmt
- Stimmen Ausrichtung und Leuchtmittel?
- Wie ist das Zeitmanagement?

Werte Kolleginnen und Kollegen: Ich danke Ihnen, wenn Sie der Überweisung des Postulats zustimmen und die Überprüfung der Lichtverwendung und -verschwendung zulassen. Die Stadt Baden als Energiestadt Gold hat es verdient, im gleichen Zug wie Binningen, Langnau am Albis, Landquart oder Coldrerio genannt zu werden, die fortschrittliche Vorgaben kennen.

Die nächste Generation hat es verdient zu merken, dass wir uns um den Planeten sorgen, sei es um die Insekten oder um den Klimawandel.

Wir haben den Lichtschalter in der Hand!

Bruno Knörr

Unsere Fraktion ist aus folgendem Grund gegen eine Überweisung des Postulats. Baden ist eine Zentrumsstadt. Städtische Symbole, wie die Ruine Stein, der Stadtturm und der Bahnhof, welcher einer der ältesten des Landes ist, sollen auch nach 22.00 Uhr beleuchtet werden. Baden ist Einkaufs- und Ausgehtadt. Wollen wir den Detailhandel in der Innenstadt weiter regulieren und Vorschriften erlassen? Ein Lichterlöschen nach 22.00 Uhr darf und kann nicht unser Ziel sein. Baden ist eine Eventstadt: die Fasnacht, das Bluesfestival, Fantoche, Badenfahrt, Winterzauber und 1. August-Feier: Sollen diese Anlässe um 22.00 Uhr beendet werden? Baden ist eine sichere Stadt. Die Nächte werden tendenziell immer mehr und immer länger für die Freizeit genutzt. Deshalb soll die Innenstadt auch nach 22.00 Uhr einladend wirken, für Mann und Frau und Alt und Jung.

Bitte überweisen Sie das Postulat nicht.

Sandra Kohler, Stadträtin

Vielen Dank für das Postulat. Wir beantragen, es zu überweisen. Wir möchten die erwähnten Punkte gerne gründlich prüfen.

Beschluss

Das Postulat Corinne Schmidlin und Mitunterzeichnende betreffend Nachtabschaltung der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Schaufenster- und Reklamebeleuchtungen; Einführung der SIA Norm 491 wird überwiesen.

(grossmehrheitlich)

6. Postulat Martin Groves und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend "Vergütung Photovoltaik (PV) Strom" (13/19)

Benjamin Steiner

Ich werde mich kurzhalten. Das Postulat wurde ausführlich beschrieben. Letztlich geht es darum, die Installation von Photovoltaikanlagen auf privaten Dächern stärker zu fördern.

Der Anreiz für Leute mit Photovoltaikanlagen auf dem privaten Dach besteht darin, gerade so viel Strom zu produzieren, wie man selber verwenden kann. Ja kein zusätzliches Panel installieren, weil sonst ein Stromüberschuss erzielt werden könnte. Das ist angesichts der sich anbahnenden Stromengpässe und des Klimawandels absurd. Ausserdem hinkt die Stadt Baden im Schweiz weiten Vergleich den anderen Städten hinterher. Man kann natürlich viele Argumente gegen Photovoltaik auf privaten Hausdächern ins Feld führen, allen voran, dass die Anlage nur tagsüber und nur bei schönem Wetter funktioniert und entsprechend zu einem Überangebot an Strom führt. Mit diesem Einwand bin ich einverstanden. Andererseits gab es früher ein Überangebot in der Nacht. Man hat damals auch Lösungen gefunden – z.B. mit Hoch- und Niedertarif. Das ist sicherlich eines der kleineren Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel.

Ich bitte Sie deshalb, der Überweisung zuzustimmen.

Stefan Jaecklin

Photovoltaik ist eine saubere und wichtige Energieform. Sie hilft auch, die Diversifikation der Energieproduktion zu fördern. Die Kosten der Photovoltaik sind in den letzten 10 Jahren stark gesunken. Wir haben für den Endnutzer die Netzparität. Gleichzeitig müssen wir uns aber bewusst sein, dass Photovoltaik Investitionen erfordert, z.B. Investitionen ins Netzwerk. Es muss eine Standardproduktion vorhanden sein, da die Sonne nicht immer scheint. Die Frage nach einer sinnvollen Vergütung soll unseres Erachtens gestellt werden. Wir bitten jedoch, bei der Abklärung Folgendes zu beachten:

Selbstverständlich soll die Einspeisevergütung von lediglich 5 Rappen für Drittproduktion überprüft werden. Gleichzeitig muss man aber die in der Energieförderungsverordnung vorgesehenen 10 Rappen im Rahmen der Stadt Baden überprüfen. In Bereichen, wo man in den Preis eingreift, muss man komplette Transparenz walten lassen. Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass man genau wissen will, wofür und in welchem Mass eine Subventionierung erfolgt.

Wir stimmen dem Postulat jedoch grundsätzlich zu.

Michael Rinderknecht

Ich habe kürzlich die Beilage der Stromrechnung durchgesehen. Der Badener Strom ist nicht nur günstig, sondern auch 100% CO₂-frei. Das ist "Platin-Standard", ein Vorbild für die Welt! Das vorliegende Postulat will das offenbar noch verbessern. Insbesondere sollen die Einspeisevergütungen für Solarstrom angehoben werden. Bei Solarstrom besteht zurzeit von Gesetzes wegen schon eine Abnahmeverpflichtung, und der Marktpreis muss vergütet werden. Das genügt jedoch als Motivation zur privaten Überproduktion nicht. Die Photovoltaik wird offenbar künftig zur Versorgungssicherheit beitragen, wenn im Ausland und in der Schweiz die Atomkraftwerke abgestellt werden. Um wieviel genau der vergütete Solarstrompreis angehoben werden soll, erschliesst sich mir – auch nach mehrmaligem Studium des Postulats – nicht. Auch nicht, wie man mittels Solarstrom ernsthaft einen Beitrag zur Versorgungssicherheit eines industrialisierten Gemeinwesens beitragen kann, egal wieviel Geld man dafür einsetzt. Ich denke dabei an die Erfahrungen, die Deutschland mit der Energiewende macht, wo der Strompreis enorm angestiegen ist und die Netzstabilität zum "flattern" gebracht hat. Das alles ohne nennenswerten Erfolg bei der CO₂-Reduktion.

Die SVP musste sich zum besseren Verständnis des Postulats Hilfe bei Energieexperten und Solaranlagenbesitzern holen. Das war spannend und lehrreich. Beim konkreten Verständnis des Postulats sind wir jedoch auch auf diesem Weg nicht weitergekommen.

Wir empfehlen deshalb nur die Überweisung des Postulats.

Markus Schneider, Stadtammann

Es sind sich offensichtlich alle einig, dass das Postulat zu überweisen sei. Das ist genau der Prüfungsauftrag. Wir werden Ihnen deshalb eine Vorlage unterbreiten.

Beschluss

Das Postulat Martin Groves und Mitunterzeichnende betreffend Vergütung Photovoltaik Strom wird überwiesen.

(Einstimmig)

7. Postulat Benjamin Steiner und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend Mindestanteil 20% Biogas für Heizgaskunden (14/19)

Benjamin Steiner

Auch dieses Postulat ist verhältnismässig einfach. Es geht darum, den Biogasanteil am Heizgasmix der Stadt Baden um mindestens 20% zu steigern. Der Grund ist, dass Biogas im Gegensatz zu Erdgas CO₂-neutral ist und lokal produziert werden kann. Obwohl es sich um ein Postulat handelt, wäre die Idee relativ rasch umsetzbar. Es soll nicht eine Massnahme sein, die auf 50 Jahre hinauswirken soll. Ein Ausbau der Gasinfrastruktur ist nicht das Ziel des Postulats. Der eigentliche Grund ist das Unterziel U1 des Energiekonzepts, in dem es darum geht, Ölheizungen zu ersetzen. Diese werden vielfach durch Gasheizungen ersetzt. Ich habe zu diesem

Thema bereits früher referiert. Der Gewinn aus ökologischer Sicht ist gering. Ein Beitrag mit Biogas erhöht die Differenz um ein Vielfaches. Bei einer rollenden Planung der Energiestrategie muss man wissen, mit welchem Gas das Öl ersetzt wird. Sollte der Stadtrat bei der Prüfung des Postulats feststellen, dass man nicht genügend Biogas produzieren kann, um das Erdgas zu ersetzen, müsste man eine Anpassung des Unterziels U1 erwägen.

Was die Beschäftigung der Verwaltung anbelangt, wäre die Prüfung des Postulats kein grosser Zusatzaufwand. Wie aus dem Zwischenbericht ersichtlich, beschäftigt sich die Verwaltung ohnehin mit diesen Fragen. Es wird insbesondere beim Biogas eine weitere Prüfung stattfinden.

Wir bitten Sie, das Postulat zu überweisen.

Michael Brandmaier

Die FDP begrüsst den Einsatz von Biogas. Wir finden es sinnvoll, vor allem wenn es lokal produziert wird. Lokal produziertes Biogas hat kurze Transportwege und muss nicht von weit her gepumpt werden, was viel Energie verbrauchen würde. Ich habe mich bei der Regionalwerke AG Baden informiert. Man habe im Sommer so viel Biogas, dass man kein "fremdes" Gas brauche. Über das ganze Jahr könne man 7% Biogas einspeisen. Man hat mir versichert, dass das Projekt mit anderen Dienststellen zusammen ausgebaut würde. Im Postulat steht nichts von lokaler Produktion. Wir müssten, laut der Regionalwerke, mit einer Vorgabe von 20% Biogas zukaufen, vermutlich aus dem Ausland. In gewissen Ländern wird Biogas subventioniert. Das wird aus sogenannten "NAWARO" hergestellt, was nachwachsende Rohstoffe sind. Bei genauer Betrachtung sind das Rohstoffe, die sich mit Substanzen, z.B. Mais, gut vergären lassen. Hier beginnt das Dilemma. Mais ist sicherlich nicht das, was wir uns für unser Biogas wünschen. Das können wir nicht akzeptieren.

Wir sind dagegen, die Regionalwerke AG Baden zu verpflichten, die Vorgabe von 20% in den Statuten festzulegen, wie das Postulat es fordert. Das würde bedeuten, den Bürgerinnen und Bürgern quasi 20% Biogas aufzuzwingen. Es könnte auch teurer zu stehen kommen, was Einige bewegen könnte, bei der Ölheizung zu bleiben.

Wir stimmen aus den genannten Gründen der Überweisung nicht zu.

Tobias Vonesch

Ich bedanke mich bei meinem Vorredner und möchte gleich einhaken. Der Grossteil der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Baden sind Mieter, die sich die Heizung nicht aussuchen können. Die SVP Baden hat sich ausführlich mit dem Postulat befasst. Da unser Kaminfeger nicht mehr im Rat sitzt, haben wir uns vom Energiekoordinator der Stadt Baden, Christian Vogler, die Auswirkungen aus erster Hand erklären lassen. Wir kommen zu folgendem Schluss:

Vor nicht allzu langer Zeit haben wir im Einwohnerrat das Energiekonzept der Stadt Baden verabschiedet und Vieles in Auftrag gegeben. Wir finden es per se falsch, in diesen Prozess einzugreifen. Von den heute vorliegenden Umweltvorstössen ist dieser mit Abstand der teuerste, und zwar nicht für die Stadtkasse, sondern für die Einwohnerinnen und Einwohner. Als Partei des Mittelstands finden wir die Auswirkungen dieses Diktats auf das Portemonnaie der Familien in unserer Stadt und der Umgebung bedenklich. Das Ziel der gegenüber liegenden Ratshälfte müsste eigentlich sein, dass sich alle Einwohnerinnen und Einwohner in Baden das Wohnen leisten können und nicht nur gut Betuchte. Gretchenfrage – oder aktuell "Gretafolge": Wollen wir den Kunden der Regionalwerke wirklich diktieren, dass ihnen eine warme Wohnung für ein paar

Zertifikate wichtiger sein soll? Die Antwort lautet für uns: Nein. Wir sind der Ansicht, dass man es gar nicht erst abklären sollte.

Sarah Wiederkehr

Ich bedanke mich auch bei Michael Brandmeier, der die Argumente bereits gut ausgeführt hat. Wir haben grundsätzlich die gleiche Haltung. Die Regionalwerke AG Baden ist eine privatwirtschaftlich geführte Aktiengesellschaft. Die Stadt Baden ist die 100%ige Besitzerin. Es geht für uns zu weit, ihr in den Statuten vorzuschreiben, was sie tun soll. Wir haben eine Eigentümerstrategie als Teil unserer Corporate Governance. Folglich sollte man versuchen, das Energiekonzept anzuwenden. Die Frage ist, ob die Vorgabe von 20% Biogas als Pflicht nur auf die Stadt Baden zutreffen würde oder auch auf die anderen Gemeinden, welche von der Regionalwerke AG Baden versorgt werden. Die Frage nach der Herkunft des Biogases wurde auch nicht beantwortet.

Wir bedanken uns für das Postulat. Man kann es prüfen, aber wir sind nicht sicher, wie danach die Umsetzung erfolgen soll.

Markus Schneider, Stadtammann

Wir befinden uns in einer Diskussion, die man wahrscheinlich bei der Beantwortung führen müsste. Die Frage ist, ob wir das Postulat heute überweisen und prüfen wollen. Bei einer Prüfung würden wir uns selbstverständlich auch nach der Herkunft des Gases erkundigen. Es ist uns bewusst, dass wir zu 100% Aktienbesitzer der Regionalwerke AG Baden sind, und wollen der Regionalwerke AG Baden sicherlich nicht schaden. Wir sind bereit, das Postulat zu prüfen und Ihnen einen Bericht zu unterbreiten. Die Hinweise auf lokales Biogas und kurze Transportwege nehmen wir gerne auf. Es ist ein Vorteil der Stadt Baden, dass man bereits heute Biogas aus Eigenproduktion beziehen kann, was sinnvoll ist. Alles Weitere werden wir sehen, wenn wir das Postulat geprüft haben, sollten Sie es heute Abend überweisen.

Beschluss

Das Postulat Benjamin Steiner und Mitunterzeichnende betreffend Mindestanteil 20% Biogas für Heizgaskunden wird überwiesen.

(26 Ja- zu 19 Nein-Stimmen)

8. Postulat Gian von Planta und Mitunterzeichnende vom 27. März 2019 betreffend 100% erneuerbarer Strom (15/19)

Gian von Planta

Nach Ansicht von Michael Rinderknecht wäre das vorliegende Postulat überflüssig, da wir ja, was unseren Strom betrifft, ein Vorbild für die Welt sind. Er hat gesagt, der Strom sei CO₂-frei. Er hat allerdings verschwiegen, dass der Strom vor allem aus Atomstrom besteht. Die Energiestrategie ist nicht nur eine Strategie, um vom CO₂ wegzukommen, sondern auch von der Atomkraft. Sie ist nicht nur zu teuer, sondern auch gefährlich. Jeder, der etwas von Mathematik und Wahrscheinlichkeitsrechnungen versteht, muss dem beipflichten. Wir haben auf der Welt etwa 250 Atomkraftwerke, etwa 600 Reaktoren. Ein Teil davon ist bereits abgeschaltet. Man kann

ausrechnen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit einer Reaktorexpllosion, im Sinne von Tschernobyl oder Fukushima, ist. Man wird auf etwa 1% kommen. Es sind zwei Atomkraftwerke und sechs Meiler explodiert. Wir haben in der Schweiz fünf. Das Risiko einer Explosion wollen wir nicht eingehen. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Stadt Baden, die das Energielabel Gold besitzt, mindestens erneuerbaren, atomfreien Strom anbieten sollte. Unser Postulat fordert, dass die Regionalwerke AG Baden, die zu 100% der Stadt mit dem Energielabel Gold gehört, es machen sollte, und zwar sowohl bei den gebundenen Kunden als auch bei den Kunden am freien Markt. Wir würden erwarten, dass Kunden, die Atomstrom bestellen wollen, von den Regionalwerken nicht mehr beliefert werden würden.

Daniel Glanzmann

Zuerst einige Fakten zu diesem Postulat:

Wer möchte, kann bei der Regionalwerke AG Baden schon heute 100% erneuerbaren Strom kaufen. Man bezieht dann zwar nach wie vor Atom- und Wasserstrom, bezahlt aber für Umweltzertifikate. Unser aktueller Strommix setzt sich wie folgt zusammen:

- Atom: 55%
- erneuerbar: 5%
- Wasser: 40%

Zwei Drittel der Stromkunden der Regionalwerke AG Baden sind marktberechtig. Diese könnten abspringen und bei anderen Anbietern ihren Strom einkaufen, weil er dort günstiger ist. Der wirtschaftliche Erfolg der Regionalwerke AG Baden steht also auf dem Spiel. Was man mit diesem Postulat will, ist Planwirtschaft, und diese hat noch nie wirklich funktioniert.

Die politische Einordnung eines solchen Postulats aus unserer Sicht:

Solche Vorstösse sind wirtschaftsfeindlich und gefährden unseren Wohlstand. Umweltschutz gibt es dank diesem Wohlstand und nicht umgekehrt. Man kann natürlich auch Umweltschutz betreiben, bis es einem nicht mehr wohl ist.

Zum Schluss erlaube ich mir noch einige Bemerkungen zur Moral und dem persönlichen Verhalten unserer Gesellschaft:

Grüne Politik ist im Aufwind. Alle Kunden der Regionalwerke können schon heute 100% erneuerbaren Strom kaufen, sie machen es aber nicht. Es wird Wasser gepredigt und Wein getrunken.

An alle, die solche Vorstösse unterstützen: Wie sieht Ihre persönliche Ökobilanz aus? Wie viel Boden beanspruchen Sie mit Ihren Familien zum Leben? Einfamilienhäuser gehen aus Umweltschutzgründen gar nicht. Entspricht z.B. die Gebäudehülle Ihres Hauses – das sind die Fassaden- und Dachdämmungen und die Fenster – den Minergie P-Anforderungen? Oder haben Sie sogar einen Pool im grossen Garten?

Sie dürfen morgen anfangen mit Umweltschutz, bei Ihnen selber. Mieterinnen und Mieter können in umweltfreundliche Häuser ziehen. Eigentümer können sanieren und ihre Grundstücke besser nutzen. Gefährden Sie aber bitte nicht den freien Willen und die freie Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir sind gegen die Überweisung dieses Postulats.

Tobias Auer

Das Postulat "100% erneuerbarer Strom" verlangt die Prüfung der Anpassung der Statuten, damit die Regionalwerke AG Baden nur noch erneuerbaren Strom liefern kann.

55% des RWB-Stroms kommen zurzeit von nicht erneuerbaren Energieträgern. Dieser Anteil müsste auf dem "erneuerbaren Energiemarkt" eingekauft werden. Das ist eine egoistische und kurzfristige Sicht der Postulanten. Die limitiert vorhandene erneuerbare Energie auf dem Markt aufzukaufen, löst das Problem nicht. Es wäre viel zielführender, die RWB zu ermutigen, in die Produktion erneuerbarer Energie zu investieren (z.B. Ausbau Wasserkraftwerk Turgi). Das Volumen erneuerbarer Energien muss erhöht werden. Sie einfach zusammenzukaufen, nützt unserem Klima nicht. Die FDP-Fraktion ist ausserdem davon überzeugt, dass die erneuerbaren Energien nicht den Konsumenten aufgezwungen werden sollten, sondern dass sie sich mit wirtschaftlichen Aspekten im Markt durchsetzen müssen. Nur so haben erneuerbare Energieträger langfristig Erfolg.

Das Liberale, das im Parteinamen des Postulanten vorkommt, konnten wir in diesem Antrag beim besten Willen nicht erkennen. Wir werden die Überweisung dieses Postulats nicht unterstützen.

Ich möchte im Namen der FDP-Fraktion noch eine Bemerkung zu den bisher behandelten Postulaten anbringen. Unsere Fraktion ist davon überzeugt, dass wir in Baden noch mehr für die Umwelt tun können. Wir unterstützen konsequent sinnvolle Aktionen zum Schutz des Klimas. Wir lehnen jedoch ideologische, nicht recherchierte und zu Ende gedachte Postulate in Form von wilden "Hüftschüssen" ab. Die Generierung von Aufmerksamkeit darf nicht der Hauptzweck politischer Vorstösse sein.

Iva Marelli

Wir diskutieren bereits darüber, als ob wir schon eine Einschätzung des Stadtrats erhalten hätten. Es geht um die Überweisung. Wir führen diese Debatte gerne nach der Prüfung des Postulats durch den Stadtrat und die Verwaltung. Für eine weiterführende Diskussion ist es nicht der richtige Zeitpunkt. Ich möchte deshalb beliebt machen, bei Thema der Überweisung zu bleiben.

Gian von Planta

Ich fühle mich ein wenig persönlich "angeschossen". Die Postulate waren keine Hüftschüsse. Wir haben mit der Vorbereitung bereits vor einem Jahr angefangen. Wir waren uns inhaltlich schnell einig, es hat aber lange gebraucht, das richtige Vorgehen zu finden. Wir haben mit verschiedenen Juristen zusammengearbeitet, um den richtigen Weg zu finden. Wir sind eine liberale Partei. Es gibt aber Bereiche, wie z.B. beim Klimawandel, wo es mit freier Marktwirtschaft nicht funktioniert. Wir werden nicht darum herumkommen, dort gewisse Vorschriften anzuwenden. Solche Vorschriften können durchaus sinnvoll sein, und sie sind im Moment notwendig.

Selena Rhinisperger

Ich habe mich ebenfalls von Tobi Auer angegriffen gefühlt. Ich möchte ihn bitten, einen für ihn passenden Vorschlag umwelttechnischer Natur zu unterbreiten. Es ist klar, dass wir ideologisch nicht die gleiche Meinung vertreten. Unsere Vorschläge gehen der FDP wahrscheinlich zu weit. Ich würde mich jedenfalls über Vorschläge freuen.

Peter Conrad

Es gibt Postulate umweltschutztechnischer Art, wie diejenigen von heute Abend, die man überweisen kann. Es gibt aber auch Postulate, die man von Anfang an verwerfen muss. Die rechte Seite hat bewiesen, dass sie offen ist für gute Vorschläge. Wir haben entsprechend auch Postulate überwiesen. Auf der anderen Seite gibt es Postulate, bei denen man die ganze Diskussion nicht mitführen kann. Da muss man bereits am Anfang dazu stehen und diese Postulate gar nicht überweisen.

Ich bin der Meinung, dass das vorliegende Postulat, das massiv in die Marktfreiheit eingreift, nicht überwiesen werden darf. Es gibt bessere Mittel, mit denen man eingreifen und umweltschonende Energien fördern kann, als das Postulat, das hier zur Diskussion steht.

Jost Voser

Ich arbeite in einem Kernkraftwerk. Mit der Rechnung, die Gian von Planta gemacht hat, bin ich nicht einverstanden. Er hat Schwierigkeiten mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Bei dem erwähnten 1% schrillen bei mir die Alarmglocken. Bei uns fangen die Wahrscheinlichkeiten mit 0,00 – und ein paar weiteren Nullen – an. Ich versichere Ihnen, dass die Sicherheit der aufgezählten Kraftwerke sich gewaltig von derjenigen in der Schweiz unterscheidet. Jedes Land hat ihre eigene Behörde, die die Sicherheit überprüft. Das ENSI ist eine Behörde, die sehr strenge Auflagen erteilt. Man kann nicht immer Tschernobyl als Beispiel bringen. Dort hat man nachweislich massiv gegen sämtliche Sicherheitsvorkehrungen verstossen. Das auf die Schweizer Kernkraftwerke umzumünzen, geht nicht. Ich versichere Ihnen, dass auch Beznau, obwohl es eines der ältesten Kernkraftwerke der Welt ist, sicher betrieben wird. Die Mitarbeitenden in Beznau haben die meiste Erfahrung, um ein Kernkraftwerk sicher zu betreiben.

Markus Schneider, Stadtammann

Wir befinden uns mitten in der Klimadebatte. Der Stadtrat beantragt Ihnen die Überweisung des Postulats, weil er der Ansicht ist, dass man es prüfen sollte. Wir befinden uns selbstverständlich bereits auf einem guten Weg, z.B. betreffend Fernwärme. Wir sind dabei – in Zusammenarbeit mit SIBANO, wo man die Abwärme der KVA nutzt – die Fernwärme vom Gas zu lösen.

Wenn Sie uns den Auftrag erteilen, werden wir das Postulat gerne prüfen und mit der Regionalwerke AG Baden daran weiterarbeiten.

Benjamin Steiner

Ich hatte mir das heute Abend anders vorgestellt. Da ich dachte, dass die bürgerliche Seite alles ablehnt, hatte ich lange Reden vorbereitet. Ich musste feststellen, dass sie in vielen Punkten durchaus bereit ist, mitzudenken und Lösungen zu finden, die wir als sinnvoll erachten. Das freut mich, und ich bedanke mich dafür.

Ich möchte zu diesem Punkt noch eine Hilfestellung geben. Ich verstehe, dass die Statutenänderung vielen ein Dorn im Auge ist. Das war auch nicht unser erstes Ziel. Der Fokus auf Ökostrom ist ein altes Anliegen des team baden. Es wurden bereits vor etwa 15 Jahren entsprechende Vorstösse eingereicht. Es ging immer darum, primär Ökostrom anzubieten. Es ist lediglich ein Prüfungsauftrag. Der Stadtrat kann das Postulat so beantworten, wie er will. Wir wollen eine verbindliche Zusage. Wir haben Abklärungen getroffen und festgestellt, dass es mit Leistungsvereinbarungen und Leitbildern wegen ihres unverbindlichen Charakters in einer Aktiengesellschaft nicht geht. Die Juristen haben uns geraten, eine Statutenänderung vorzunehmen. Selbstverständlich kann der Stadtrat eine andere Vorgehensweise vorschlagen.

Als Abschluss möchte ich auf den Satz von Daniel Glanzmann antworten "Umweltschutz gibt es nur dank Wohlstand." Das würde ich unterschreiben, aber ich hänge einen Satz nach: "Er ist aber auch nur nötig wegen des Wohlstands".

Beschluss

Das Postulat Gian von Planta und Mitunterzeichnende betreffend 100% erneuerbarer Strom wird nicht überwiesen.

(22 Ja- zu 24 Nein-Stimmen)

9. Anfrage Heinz Herrmann vom 24. April 2017 betreffend Mellingerstrasse/Kreisel Burghalde (31/17)

Heinz Herrmann

Ich bin mit der Antwort des Stadtrats nicht zufrieden. Im Vorfeld der heutigen Sitzung habe ich verschiedentlich gehört, es nütze gar nichts, wenn der Einwohnerrat Baden über das Thema diskutiert. Es spiele keine Rolle, was er heute Abend sagen wird. Richtig ist, dass nur der Grosse Rat den Bau des Kreisels verhindern kann. Wenn sich der Einwohnerrat heute Abend klar und deutlich gegen den Kreisel ausspricht, ist es durchaus möglich, dass sich das Kantonale Parlament dem Städtischen Parlament anschliesst. Wir sollten und dürfen heute Abend darüber sprechen.

Vor einem Jahr sprach sich der Stadtrat Baden klar und deutlich gegen den Kreisel aus. Er unterstützte eine Motion der Grossrätinnen und Grossräte von Baden und positionierte sich deutlich. In der Zwischenzeit haben Verhandlungen zwischen dem Regierungsrat und dem Stadtrat stattgefunden. Es ist zwar wunderbar, dass der Kreisel für die Steuerzahlenden der Stadt Baden nun CHF 4 Mio. günstiger wird, er kostet aber immer noch insgesamt über CHF 20 Mio. und ist und bleibt unnötig und unzweckmässig.

Wie in der Antwort dargelegt, unterscheidet der Stadtrat bei öffentlichen Bauten zwischen "notwendig" und "dringend notwendig". In der Antwort steht, dass der Kreisel nicht dringend notwendig sei. Man solle ihn dennoch bauen, da er viele Vorteile aufweise. Ich habe in meinem Schrei-

ben vom 9. August 2019 aufgezeigt, dass diese Vorteile Nachteile sind. Da dieser Kreisel uns sicherlich noch eine Zeit lang beschäftigen wird, bitte ich, das Schreiben dem Protokoll beizulegen.

(Protokollvermerk: Das erwähnte Schreiben wurde den Mitgliedern des Einwohnerrats zugestellt. Den Protokollen der Einwohnerratssitzungen werden grundsätzlich nie Dokumente beigelegt.)

Der Kreisel würde sich in der Innenstadt befinden, an einer Strasse mit vielen Wohnungen und Geschäften. An dieser Stelle ist "siedlungsorientierter" Strassenbau gefragt, was der Kreisel sicherlich nicht ist. Es ist fast zynisch, wenn der Kanton argumentiert, dass der Kreisel den Verkehr verflüssige. Ich bin der Meinung, dass Baden Besseres verdient hat.

Schneider Markus, Stadtammann

Ich möchte einiges richtigstellen. Die Kosten von CHF 20 Mio. beinhalten nicht nur den Kreisel, sondern ein Bauprojekt, das sich vom Schadenmühleplatz bis zum Schulhausplatz erstreckt. In diesem Projekt eingeschlossen sind die Erschliessungen der Liegenschaften mit Trottoirs, welche zurzeit ihre Hauseingänge an der Strasse haben. Es beinhaltet eine Strassensanierung, eine neue Veloverbindung und eine verbesserte Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger.

Wir haben nicht nur mit dem Kanton verhandelt und diverse Prüfungen durchgeführt. Eine Erweiterung der Brücke ohne Kreisel, um die Velo- und Fussgängersituation zu verbessern, würde eine Verstärkung mit Widerlager notwendig machen. Alle dem Stadtrat unterbreiteten Varianten waren teurer als die vorliegende Variante. Man hatte verschiedene Varianten geprüft, bevor die Stadt vor über 10 Jahren dem Kreisel zustimmte. Eine Kreuzung mit einem üblichen Linksabieger an dieser Stelle wäre z.B. teurer. Man kann darüber diskutieren, ob die Verkehrsexperten des Kantons und der Stadt den Kreisel richtig beurteilt haben. Wir haben der Expertenmeinung vertraut. Unseres Erachtens sollten wir das vorliegende Gesamtprojekt weiterführen.

Noch eine Bemerkung zum "siedlungsorientierten" Kreisel: An diversen bekannten Orten – einer davon ist auf der anderen Seite der Hochbrücke – funktionieren die Kreisel, um den Verkehr zu verflüssigen.

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Wir benötigen einen Antrag auf Diskussion, damit wir über diesen Antrag diskutieren können.

Gian von Planta

Ich stelle Antrag auf Diskussion.

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt (grossmehrheitlich).

Adrian Humbel

Die FDP ist mit der Antwort des Stadtrats grossmehrheitlich einverstanden. Es ist befremdend, dass der Anfrager, nach Verstreichen aller ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten, einen derartigen Wirbel verursacht.

Es würde einem Schildbürgerstreich gleichkommen, wenn ein während 10 Jahren von Fachleuten minutiös geplantes Verkehrskonzept aufgrund von unbewiesenen Behauptungen gestoppt würde. Die Folge wäre, im besten Fall, im Zeitraum von weiteren 10 Jahren die Umsetzung eines schlechteren Projekts zum gleichen Preis.

Wir erwarten, dass sich der Grosse Rat bei der Behandlung dieses Postulats nicht blenden lässt, und der genehmigte Baukredit vom 13. März 2012 nicht geändert wird.

Thomi Bräm

Ich schildere meine Eindrücke als Anwohner. Ich bin doppelt betroffen, sowohl privat als auch mit meinem Büro.

Zum Thema Sicherheit für Auto, Velo und Fussgängerinnen und Fussgänger:

Als Autofahrender ist an der Burghaldenstrasse das Linksabbiegen zu Stosszeiten schwierig. Es verleitet die Linksabbieger teilweise zu gefährlichen, überhasteten Einspurmanövern, um dann kurz vor dem Fussgängerstreifen brüsk zu bremsen. Gefährlich ist auch, dass die ebenfalls wartenden Velos und Autos gleichzeitig und teilweise unkoordiniert abfahren.

Zum Thema Zeitaspekt für Verkehrsteilnehmende:

Es fahren manchmal stadteinwärts und stadtauswärts so viele Autos, dass kaum eine Lücke entsteht. Hat man noch einen ängstlichen Autofahrer (oder einen Fahrschüler oder Neulenker) vor sich, kann es länger dauern. Linksabbiegen geht fast nur, wenn ein Fussgänger am Fussgängerstreifen den Vortritt erzwingt, und die Autos halten müssen.

Wenn die Kolonne vom Schadenmühleplatz aufgefüllt ist und die Ampel auf Rot steht, kann man für längere Zeit nicht links abbiegen. Das führt dazu, dass sich viele Autos an der Burghaldenstrasse von der Allmend her nach hinten stauen. Wenn drei Autos links abbiegen wollen, können sogar die Rechtsabbiegenden nicht mehr weiterfahren. Für mich als Velofahrer ist das Linksabbiegen gefährlich. Viele Velofahrende steigen vom Velo und laufen über den Fussgängerstreifen, um die Situation zu umgehen und sich den Vortritt zu erzwingen. Oder sie fahren verbotenerweise mit dem Velo über den Fussgängerstreifen. Es ist keine gute Lösung. Der Kreisel würde das Problem nachhaltig lösen und viele Gefahren entschärfen.

Es bleiben regelmässig auch Lastwagen unter der Eisenbahnbrücke stecken. Es kommt zum Stau und zu Verspätungen. Das grösste Problem ist aber, dass durch eine solche Situation die Notfallachse für Blaulichtfahrzeuge blockiert werden kann.

Zum Thema Wasser und Schmutz:

Vor meinem Büro befinden sich Gewerbeparkplätze für den Güterumschlag. Die Strasse ist dort in einem extrem schlechten Zustand. Bei Regen bilden sich grosse Pfützen. Wenn Autos und Busse durch die Pfützen fahren, spritzt es manchmal fast bis an die Fenster der Geschäfte. Es hat mir beim Güterumschlag schon mehrmals den Kofferraum mit Wasser gefüllt, und die Klei-

dung wurde nass und dreckig. Alle Fussgänger und Velofahrenden werden auch nassgespritzt. Das ist kein Zustand.

Die Funktionalität der Kanalisation ist nicht mehr gewährleistet. Beim Unwetter 2018 stand das Wasser auf der Mellingerstrasse 30 cm Wasser hoch, und es überschwemmte Teile der Cordulapassage.

Fazit:

Der Kreisel, die Absenkung der Strasse unter der Eisenbahnbrücke und die geplanten Strassensanierungen sind notwendig und sollten endlich zeitnah umgesetzt werden. Eine weitere Verzögerung ist für die Verkehrsteilnehmenden, die Anwohnenden, die Leute aus der Allmend und das Gewerbe unzumutbar.

Stefanie Heimgartner

Ich bedanke mich bei Heinz Herrmann für die Anfrage, denn es ist wichtig, über das Projekt zu reden. Ich habe mich spontan entschieden, mich als Einzelvotantin zu diesem Thema zu äussern. Ich hoffe, dass meine Partei mich dabei unterstützt. Beim Durchlesen der Antwort des Stadtrats war ich erstaunt und auch wütend. Einmal mehr ist vom Langsamverkehr, vom Veloverkehr und von den Fussgängern die Rede. Man liest kaum von Autos und Lastwagen, also vom MIV, welcher für das Gewerbe der Stadt Baden sehr wichtig ist.

Ich habe als Grossrätin den Vorstoss unterzeichnet, den wir im Grossen Rat eingereicht haben. Wir wollten die Sistierung. Inzwischen bin ich der Meinung, dass dieses Projekt weitergeführt werden muss. Es sind unhaltbare Zustände. Ich fahre selber Lastwagen und kenne die Situation. Wir müssen zum Teil weite Umwege in Kauf nehmen, um in die Stadt zu gelangen. Es besteht Handlungsbedarf. Ich bezweifle jedoch, ob es dazu einen Kreisel braucht. Wenn man den Planern Glauben schenkt, wäre die günstigste und schnellste Variante die Kreisel-Variante. Wir müssen also in den sauren Apfel beißen und den Kreisel realisieren. Ich würde mich anbieten, das Planungsteam zu verstärken. Ich würde auch mit dem Lastwagen kommen. Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich von Experten höre, wie viele "Fehler" oder unpraktische Zustände z.B. in diesem Schulhaus vorliegen. Sollte der Kreisel gebaut werden, würde ich mich zur Verfügung stellen, um bei der Planung sicherzustellen, dass keine Sattelschlepper mehr stecken bleiben, und es an der Mellingerstrasse nicht mehr zu Staus kommen würde. Es müsste sicherlich ein abgesenkter Kreisel gebaut werden, wobei die Eisenbahnbrücke erste Priorität hat.

Nadia Omar

Es ist unbestritten, dass die Mellingerstrasse saniert werden muss. Meine Vorredner haben bereits über die schwierige Situation gesprochen. Baden trägt aber eine andere Brille als der Kanton und hätte demzufolge anders geplant. Der Kanton sieht einfach eine Durchfahrtstrasse. Wir sehen einen innerstädtischen Strassenraum, was für uns immer einen Lebensraum bedeutet. Das geplante Projekt bedeutet eine Verlängerung des Schulhausplatzes, d.h. eine grosse Beton- und Teerschneise. Das team baden ist frustriert. Der Kanton hat selber gemerkt, dass es auch ein wenig "kleiner" ginge. Wir sind nicht grundsätzlich gegen einen Kreisel. Wir hätten es aber gerne ein wenig passender, innerstädtischer und mit weniger versiegelten Flächen – einfach redimensioniert. Der Stadtrat und der Kanton wollen am vorliegenden Projekt festhalten. Wir hören zwischen den Zeilen heraus, dass man Gelder aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes erhalten könne. Es liegt nicht in unserer Kompetenz, etwas zu beschliessen.

Es wurde uns versprochen, dass es ein Verkehrsmonitoring geben würde, wenn der Schulhausplatz gebaut und dieser Teil des Projekts abgeschlossen sei. Das Versprechen lautete, dass der Verkehr gegenüber der Zeit vor dem Umbau nicht zunehmen würde. Sollte es doch so sein, würden Massnahmen ergriffen werden. Wir sind gespannt auf das Verkehrsmonitoring nach der Umsetzung des Projekts. Wir möchten heute unserer Enttäuschung und Konsternation Ausdruck verleihen. Wir haben vonseiten der Stadt mehr Stärke erwartet, um ein für die Anwohnenden verträgliches Projekt erstellen zu können.

Michael Staubli

Nach den vier Traktanden zur Nachhaltigkeit, haben wir zwei Traktanden zum Verkehr in unserer Stadt. Das eine Traktandum sei noch in weiter Zukunft. Beim anderen seien wir viel zu spät dran, weil der Grosse Rat bereits 2012 darüber debattiert und beschlossen habe. Eigentlich seien beide Projekte sowieso Sache des Kantons. Die Stadt sollte hier eine klare Haltung gegenüber dem Kanton einnehmen, sodass wir unsere Projekte so umsetzen können, wie es von der Bevölkerung gewünscht wird.

Ich habe folgende Bemerkungen zur Beantwortung der Anfrage:

Strassensanierung, Trottoirs, Erschliessung der genannten Liegenschaften und Sicherheit für die Velofahrenden: Das tönt grossartig! Es werden aber auch Lastwagen erwähnt. Ab einem Mehrverkehr von 400 Lastwagen pro Tag könne der Kanton Massnahmen ergreifen, die bis zu einem Fahrverbot (ausgenommen Zubringerdienst) gingen. Da dort viele Kinder mit dem Velo zur Schule fahren, ist es enorm wichtig, dass die Ausfahrt nach dem Stich unter dem Tunnel sicher gestaltet wird.

Ich möchte noch auf ein Detail aufmerksam machen. Der Kostenanteil der Stadt Baden – Preisbasis 2011, Genauigkeit +/- 10% inkl. 10 % Kreditrisiko – wird mit CHF 7'743 Mio. beziffert. Ich bitte, in Zukunft die Zahlen genauer zu prüfen.

Georg Gindely

Es ist im Moment wohl eine der bizarrsten Situationen in diesem Kanton. Die Bürgerlichen wollen auf Teufel komm raus sparen. Gerne bei so wichtigen Posten wie der Bildung – mit der Konsequenz u.a., dass viele Schulen nicht mehr genügend Primarschullehrpersonen finden, weil diese in die besser zahlenden Nachbarkantone ausweichen.

Es werden nun Millionen Franken für einen Kreisel ausgegeben, der der Stadt Baden ganz offensichtlich verkehrstechnisch nichts bringt ausser Nachteile, und welcher städtebaulich in keiner Weise an diesen zentralen innerstädtischen Punkt passt.

Was bringt das Projekt? Es sorgt vor allem dafür, dass der Schleichverkehr über die Allmend zunehmen wird, um den Schulhausplatz zu umfahren. Man muss neu am Fuss der Kennelgasse nicht mehr warten, bis man einbiegen kann. Man kann bequem in den Kreisel fahren. Man kommt also stoppfrei vom BT-Hochhaus über das Chrättli an die Mellingerstrasse, während die anderen am Lichtsignal des Schulhausplatzes warten müssen. Das kann nicht im Sinne des Stadtrats sein.

Fussgänger- und Veloverkehr:

Wir von der SP sind natürlich dafür, dass sich die Situation verbessert. Um ehrlich zu sein, geht das aber ohne Kreisel besser. Ein Kreisel beansprucht sehr viel Strassenraum, den man für Fussgänger und Velofahrende nutzen könnte.

Das neue Projekt schafft ausserdem die Voraussetzungen, dass neu die grossen Lastwagen durch die Stadt fahren können. Ich glaube nicht, dass das der Stadtrat für die Bevölkerung wirklich will.

Wir verstehen nicht, dass der Stadtrat nicht nochmals auf die Hinterbeine steht und sagt: Es braucht dieses Millionen-Projekt nicht! In der Antwort auf die Anfrage von Heinz Herrmann bleibt der Stadtrat schwammig und unklar. Findet er das Projekt nun gut oder nicht gut oder will er einfach den Kanton nicht verärgern? Ich tippe auf Letzteres. Er will zeigen, dass Baden ein verlässlicher Partner ist und gut mit dem Kanton zusammenarbeitet, um beim nächsten Projekt Geld zu erhalten. Und dann? Bauen wir noch einen Kreisel beim Chrättli, um das zukünftige Verkehrsproblem dort in den Griff zu bekommen? Bauen wir Schutzmassnahmen gegen die grossen Lastwagen, oder sanieren wir den Belag des Schulhausplatzes, welcher Schaden genommen hat?

Wir von der SP hätten uns vom Stadtrat gewünscht, dass er sich klar und deutlich gegen das Projekt ausspricht und sich wehrt. Für die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, für die Stadtfinanzen, für das Stadtbild, für eine gute und passende Lösung. Das vorliegende Projekt ist alles andere als das.

Lieber Stadtrat: Wehren Sie sich! Zeigen Sie Profil! Seien Sie verlässlich Ihrer Bevölkerung gegenüber, indem Sie die Probleme ansprechen und auf Ihrer Meinung beharren, ohne bei Gegenwind einzuknicken.

So bleibt das Gefühl, dass der Stadtrat es dem Kanton recht machen will und uns Badenerinnen und Badenern damit einen Bärendienst erweist.

Sander Mallien

Dass die Strasse saniert werden muss, steht ausser Frage. Beim Kreisel haben wir verschiedene Ansichten und haben scheinbar auch als Anwohnende verschiedene Erfahrungen gemacht. Ich bezeichne mich auch als Anwohner und hatte noch nie ein Problem, weder mit dem Auto noch mit dem Velo in die Mellingerstrasse einzubiegen. Bei mir klappt es immer. Ich finde es löblich, dass Stefanie Heimgartner sich zur Verfügung stellt, um mit dem Sattelschlepper die Verkehrssituation zu prüfen, aber eigentlich will ich dort keinen Sattelschlepper. Wenn ich an das Projekt OASE denke, bin ich nicht sicher, ob irgendjemand aus Baden die Durchfahrt des Verkehrs, vor allem des Schwerverkehrs, durch die Stadt will. Wäre es nicht schlauer, die Sattelschlepper über die Neuenhoferstrasse auf die Autobahn zu führen?

Stefanie Heimgartner

Da ich mehrmals direkt angesprochen wurde, möchte ich kurz entgegenen. Ich verstehe die "links-grüne" Logik nicht. Niemand will vor dem Haus die Durchfahrt von schweren Lastwagen, aber jeder will am Morgen in den Läden gefüllte Regale mit frischen Produkten. Man will, dass die Lastwagen einen grossen Umweg fahren und damit die Umwelt stärker belasten. Ich kann

Ihnen versichern, dass kein Chauffeur freiwillig in eine Stadt fährt, wenn es nicht unbedingt notwendig ist.

Jost Voser

Es ist der Eindruck entstanden, dass der "böse" Kanton den Kreisel geplant hat. Die Schulhausplatzkreuzung hat auch der Kanton geplant, jedoch in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Baden. Auch beim Kreisel war es so. Die Projektleiter des Kantons verstehen die Welt nicht mehr. Die Stadt Baden war von A bis Z immer in das Projekt involviert und konnte ihre Wünsche anbringen.

Markus Schneider, Stadtmann

Ich möchte ein paar Aussagen richtigstellen.

Es ist nicht wahr, dass der Stadtrat eingeknickt ist. Das Gegenteil ist der Fall. Der Stadtrat hat seine Aufgabe verantwortungsvoll wahrgenommen. Er hat verschiedene Varianten vom Kanton geprüft und dieses Projekt als das beste erachtet.

Es wird nur vom Kreisel gesprochen. Ich habe das Gefühl, dass wenn wir das Projekt ohne den Kreisel präsentieren würden, alle das Projekt befürworten würden.

Wie bei jedem Projekt des Kantons, arbeitet die Stadt mit. Sie bringt ihre Anliegen ein und prüft die Projekte. Ein Beispiel ist das Bauprojekt Schadenmühle Ost, welches heute schon auf das Projekt an der Mellingerstrasse reagiert, weil es mit dem Kanton koordiniert wird.

Wir haben auch die Velofahrenden, die IG Velo, einbezogen. Wir haben den zuständigen Quartierverein begrüsst. Der Präsident des Quartiervereins hat sich in der Zeitung dahingehend geäußert, dass es eine gute Variante sei, und der Quartierverein hinter dem Projekt stünde.

Der Stadtrat will ein gutes Projekt für die Stadt. An dieser Strasse besteht Handlungsbedarf. Es geht nicht nur um einen Kreisel oder um eine Brücke. Es geht nicht nur um Velofahrende oder um Lastwagen. Es geht um ein Gesamtkonzept für die Anwohnenden und für Besucher der Stadt Baden. Deshalb will der Stadtrat das Projekt vorantreiben.

Ich entschuldige mich für die fehlerhafte Zahl in der Antwort zur Anfrage.

Ich möchte einen Appell an Sie richten: Lassen Sie uns das Projekt realisieren. Lassen Sie uns die jetzige Situation verbessern. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesem Projekt das Beste für diesen Ort erreichen können.

Schneider Markus, Stadtmann

Die Präsentation "Chancen der Digitalisierung – Der Weg zur Smart City Baden" werden wir an der Oktober-Sitzung durchführen.

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Ich bedanke mich für die interessanten Diskussionen. Ich freue mich auf Bier und Wurst im Rütihöfler Biergarten. Es sind alle herzlich dazu eingeladen. Ich hoffe, dass alle Anwesenden teilnehmen werden.

Sitzungsende: 21.30 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Karin Bächli
Präsidentin



Marco Sandmeier
Protokollführer